



Medienkonferenz: Budgetreferendum, Abstimmung vom 12. April 2015

Budgetreferendum: Mitsprache des Volkes zum unnötigen Kahlschlag

Das Entlastungsprogramm EP14 ist das vierte in seiner Folge. Hundert Massnahmen können ohne Gesetzesänderung und damit ohne Mitsprache des Volkes durchgesetzt werden. Bereits im Budget 2015 sind 50 dieser Massnahmen enthalten. Nur über das Budgetreferendum hat das Volk die Möglichkeit, gegen diese Kahlschlagpolitik Widerstand zu leisten. Der Kanton weist in der Rechnung 2014 über 17 Mio. Franken Mehreinnahmen aus. Das ist der fünffache Betrag der Kürzungen! Unter diesem Aspekt ist das Sparen bei den Kernkompetenzen des Kantons auf dem Buckel der Schwächsten unverständlich.

Kompromissbereitschaft fehlt

In der Budgetdebatte haben die Kantonsrätinnen und Kantonsräte der SP/Juso-Fraktion viele gut überlegte Anträge zum Sparbudget 2015 gestellt. Wir haben um Kompromisse gerungen, vor allem zugunsten der Behinderten und gegen den Abbau bei der Bildung – leider vergeblich!

Antrag um Antrag wurde von bürgerlicher Seite ohne Begründung abgeschmettert und versenkt. Nicht ein Hauch von Kompromissbereitschaft war zu spüren und keinerlei Entgegenkommen im Bildungsbereich und für die Anliegen zugunsten der Schwächsten.

Behinderte als Spielball für konzeptlose Sparpolitik

Gespart wird auf dem Buckel der Behinderten. Für das Jahr 2015 hat der Kantonsrat 200'000 Franken Einsparungen bei den Behindertenheimen beschlossen.

Nächstes Jahr und jedes weitere Jahr kommen zusätzlich 200'000 Franken Einsparungen dazu, schliesslich werden es 1,3 Millionen Franken sein. Die Folge davon sind Personalabbau und damit viele Stunden weniger Betreuung und Pflege. Nicht nur für die Behinderten, auch für das Personal ist die Auswirkung fatal. Sogar die vielgelobte „altra“, die kostengünstig arbeitet, soll weniger Geld erhalten!

Berufswahl nicht einschränken

Die erfolgreich aufgebaute Handelsmittelschule wird weggespart. Genau das gleiche Schicksal trifft die Informatikmittelschule. Auch das Schulgeld für das entsprechende Angebot in einem Nachbarkanton wird nicht mehr übernommen. Der Weg in gestalterische Berufe erhält neue Stolpersteine. Gestalterische Vorkurse als Voraussetzung für viele kreative Berufe werden nicht mehr bezahlt. Viele Elternbeiträge werden erhöht.

Berufseinstieg auf dem Arbeitslosenamt – am falschen Ort gespart!

Der Kahlschlag bei der Bildung setzt auch bei den Schwächsten an. Die gut eingeführten, wichtigen Brückenangebote für Jugendliche, die noch einen Entwicklungsschub benötigen für den Einstieg in eine Lehre, werden kurz und klein gespart. Statt mit einer Vorlehre beginnt die Berufskarriere auf dem Arbeitslosenamt. Die Beiträge an das allseits geschätzte Lindenforum werden vollständig gestrichen.



Kanton schöpft Ressourcen nicht aus

Nach jahrelangen Steuererleichterungen für Unternehmen und Wohlhabende werden jetzt Leistungen bei den Schwächsten gestrichen und Elternbeiträge erhöht. BAK-Basel weist aus, dass der Kanton seine Ressourcen im interkantonalen Vergleich nur zu 80% ausschöpft. Der Kantonsrat hat lediglich einer Steuerfusserhöhung von zwei Prozent zugestimmt und auch keine anderen wesentlichen Mehreinnahmen eingeplant. Eine solche Finanzpolitik ist verantwortungslos und gefährdet wichtige öffentliche Leistungen.

Prämienverbilligung – Volkswille wird mit Füßen getreten

Mit einer Volksinitiative hat sich die Bevölkerung gegen einschneidende Kürzungen bei der Prämienverbilligung ausgesprochen. Keine zwei Jahre später masst sich die Regierung an, das Rad wieder zurückzudrehen. Dass 16 Prozent des Haushalteinkommens nur für Krankenkassenprämien verwendet werden, ist der Regierung nicht genug. Betroffen sind der Mittelstand und Familien, denn einkommensschwächere Haushalte erhalten ohnehin die Prämienverbilligung.

Wir wollen ein lebenswertes, familienfreundliches Schaffhausen

Mit dem Budgetreferendum wehren wir uns gegen das ungerechte Kahlschlagbudget. Nicht alle haben in gleichem Masse von den sieben fetten Jahren profitiert. Es darf nicht einseitig auf dem Buckel der Familien und der Schwächsten unserer Gesellschaft gespart werden. Wir fordern eine angemessene Opfersymmetrie und weisen mit dem Referendum das Budget zurück an den Absender.

Regierung und Kantonsrat müssen über die Bücher!

Wird das Budget vom Volk abgelehnt, dann muss die Regierung ein Budget vorlegen, das dem Volkswillen gerecht wird, vor allem

- ohne Kürzungen bei den Behindertenheimen
- ohne Kürzung bei der Berufsbildung, den Brückenangeboten und bei der Volksschule
- ohne Kürzung bei der Archäologie und beim Öffentlichen Verkehr

Wir müssen jetzt die richtigen Zeichen setzen!

Kürzungen von 3.5 Millionen Franken sind nicht nachhaltig, sie treffen die Falschen. Der Rechnungsabschluss 2014 des Kantons weist Mehreinnahmen von über 17 Mio. Franken aus. Das ist ein Mehrfaches der Kürzungen. Im nächsten Jahr wird zusätzlich eine Million Franken von der Nationalbank erwartet.

Im Kanton Aargau wurde am letzten Wochenende ein ähnliches Sparpaket wie das Schaffhauser Entlastungspaket vom Stimmvolk bachab geschickt. Hauptargument: die Auswirkungen der Sparmassnahmen kommen langfristig zu teuer zu stehen, weil es die Falschen trifft. Mit dem Budgetreferendum kann sich auch das Schaffhauser Volk äussern.

Nein zu Kürzungen auf dem Buckel der Schwächsten. Nein zum Budget am 12. April 2015!

13.3.2015, Martina Munz, Nationalrätin